

Ergebnisprotokoll der 34. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 06.12.2018

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 18:00 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat Herr Senator Dr. Lohse
Herr Staatsrat Deutschendorf

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion Herr Senkal
Frau Sprehe
Herr Pohlmann

CDU-Fraktion Herr Scharf
Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** Herr Saxe
Herr Bücking

Die Linke Frau Bernhard

FDP-Fraktion Herr Buchholz

II Verwaltung

Frau Prof. Dr. Reuther Der Senator für Umwelt, Bau und
Herr Dr. Kumpfer Verkehr

Frau Rüpke

Frau Kamp

Herr Polzin

Herr Viering

Herr Dr. Sünnemann

Frau Gerken

Herr Koldehofe

Herr Dr. Lampe

Herr Hamburger

Frau Haubold

Frau Cordes

Frau Zimmermann

Frau Pieper

Herr Donaubauer

Amt für Straßen und Verkehr
Bauamt Bremen Nord

III Gäste

IV Gastdeputierte

Frau Schiemann

Herr Saffe

Frau Dr. Schaefer

Herr Schwarz

Herr Janßen

SPD-Fraktion

Fraktion B'90/ Die Grünen

Fraktion B'90/Die Grünen

CDU-Fraktion

Fraktion DIE LINKE

Herr Pohlmann begrüßt die Mitglieder und Gäste der 34. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft.

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
--------------	-------------------------------------	--

Als **Tischvorlage** liegt ein Antrag der Fraktionen B'90/Die Grünen und der SPD zu **TOP 8** Bebauungsplan 1229 vor.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

TOP 2	Genehmigung von Protokollen <ul style="list-style-type: none">• Protokoll der 32. Sitzung vom 20.09.2018	
--------------	---	--

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Siehe auch Protokoll der staatlichen Sitzung der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft vom 06.12.2018.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

TOP 4	Vorhabenbezogenen Bebauungsplan 137 (zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität -61- / -FB-01	Vorlage 19/532
--------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 137 zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität (Bearbeitungsstand 04.07.2018) einschließlich Begründung abgesehen wird.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft beschließt den Bericht zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan 137 zur Errichtung eines Bürogebäudes in Bremen-Horn-Lehe zwischen der Universitätsallee, Enrique-Schmidt-Straße, Max-von-Laue-Straße und dem Autobahnzubringer Universität (Bearbeitungsstand 04.07.2018).

Einstimmig

TOP 5	Bebauungsplan 2513 für ein Gebiet in Bremen-Hemelingen zwischen Thalenhorststraße, Heerenholz, Zum Panrepel, Neuer Panrepelgraben, Theodor-Barth-Straße und Malthusstraße -6- / FB-01-	Vorlage 19/534
-------	--	-------------------

Vertagt

TOP 6	STRABENBENENNUNG Martha-Heuer-Straße -ASV-	Vorlage 19/535
-------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Vorschlag zur Kenntnis und beschließt dessen Weiterleitung an den Senat.

Einstimmig

TOP 7	Vorhabenbezogener Bebauungsplan 107 "An Rauchs Gut" (in Teilen zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen-Burglesum zwischen An Rauchs Gut, Auf dem hohen Ufer und östlich Finkenschlag -Öffentliche Auslegung -BBN-	Vorlag 19/525
-------	--	------------------

Frau Bernhard fragt wie viele Wohneinheiten tatsächlich gebaut werden und warum von den Geschosswohnungsbauten Abstand genommen worden sei.

Herr Donaubauer erklärt, dass es sich um einen vorhabenbezogenen Plan handle. Der Investor habe eine Bebauungsstruktur vorgeschlagen, die sich in Bezug auf dichte und typologische Zusammensetzung im bisherigen Prozess modifiziert habe. Man sei unterhalb der Schwelle für den geförderten Wohnungsbau. Im nördlichen Teil seien Einfamilienhäuser vorgesehen, im Wesentlichen handle es sich aber um Reihenhäuser.

Frau Bernhard stellt fest, dass der aktuelle Vorschlag unterhalb der für die Verpflichtung zum geförderten Wohnungsbau erforderlichen Anzahl an Wohneinheiten liege. Sie werde sich enthalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt dem Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans 107 (in Teilen zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen- Burglesum zwischen An Rauchs Gut, Auf dem Hohen Ufer, östlich Finkenschlag (Bearbeitungsstand 01.11.2018) einschließlich Begründung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der vorhabenbezogene Bebauungsplan 107 (in Teilen zugleich Vorhaben- und Erschließungsplan) zur Errichtung von 39 Einfamilienhäusern für ein Gebiet in Bremen- Burglesum zwischen An Rauchs Gut, Auf dem Hohen Ufer, östlich Finkenschlag (Bearbeitungsstand 01.11.2018) einschließlich Begründung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich auszulegen ist.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion Die Linke

TOP 8	Bebauungsplan 1229 für ein Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen <ul style="list-style-type: none">• Weser• Bürgermeister-Dehnkamp-Str. Nr. 16 A• Kalfaterstraße• Bürgermeister-Dehnkamp-Str. Nr. 22 (Planaufstellungsbeschluss – Neufassung) -BBN-	Vorlage 19/492
--------------	---	-------------------

Herr Bücking erinnert daran, dass dieser Vorgang zur Klärung dringlicher Fragen ausgesetzt worden war. Zur Frage der Hochwasserschutzlinie habe es ein Fachgespräch im Ressort gegeben. In diesem Zusammenhang stelle sich auch die Frage, wie der private Hochwasserschutz finanziert werden könne. Darüber gebe es unterschiedliche Auffassungen. Derzeit gelte die Regel, dass die Finanzierung aus den Erlösen des Grundstücks erwirtschaftet werden müsse. Zudem spielten die Aspekte Landschaftsschutz und Immissionsschutz eine Rolle. Auch hier könne er die Überlegungen der Verwaltung mittragen. Er habe außerdem ein Gespräch mit dem Pächter geführt. Dieser habe einen Pachtvertrag bis Mitte der 2030er Jahre. Dabei handle es sich um ein ernstzunehmendes Recht. Es wäre sinnvoll, nach einer potentiellen Übereinkunft zu suchen. Das gemeinsam vertretene Ziel, die wohnbauliche Entwicklung zu ermöglichen, sei richtig. Bis zur Realisierung der geplanten Absichten, werde es absehbar noch lange dauern. Daher solle man dem Pächter die gewerbliche Ausnutzung bis dahin ermöglichen, solange es die Planungsziele nicht beschädige. Ein entsprechender Text liegt ergänzend auf den Tischen vor.

Frau Sprehe führt aus, dass man nach der erfolgten Machbarkeitsstudie jetzt über den Planaufstellungsbeschluss rede, der bereits im September vorgelegen habe und über den jetzt entschieden werden solle. Die Perspektive des Wohnens am Wasser und die Schaffung von hochwertigem Wohnungsbau seien besonders wichtig für Blumenthal.

Frau Bernhard erklärt, dass man nicht überzeugt sei und führt mehrere Gründe auf. Sie habe die Auseinandersetzung und die Entwicklungen mit Interesse verfolgt. Derzeit seien ohnehin noch einige Fragen zu klären. Der Hochwasserschutz sei teuer und ließe sich insofern nur durch hochpreisiges Wohnen finanzieren. Außerdem werde durch die Bebauung eine

Überschwemmungsfläche herausgenommen. Der Erbbauvertrag mache deutlich, welche Stellschrauben die Kommune habe. Es sei ja durchaus möglich Einfluss darauf zu nehmen, was der Pächter überhaupt umsetzen könne. Sie fragt sich, warum man das wahrscheinliche Risiko einer juristischen Auseinandersetzung eingehe und ob es nicht vielleicht doch andere Möglichkeiten der Einigung gäbe. Ein weiterer Aspekt sei, dass die Fläche auch für die Arbeitsplatzentwicklung und als Wirtschaftsstandort für Bremen Nord interessant sei, unabhängig von den Überlegungen zu hochpreisigem Wohnen und Mischnutzung. Es werde schließlich immer wieder betont, dass man auch die Arbeitsplatzentwicklung in Bremen Nord im Auge haben müsse. Daher werde sie der Vorlage nicht zustimmen.

Herr Schwarz bedankt sich für die Ausführungen. Als Beiratsmitglied in Blumenthal sei er auch indirekt betroffen. Die CDU-Fraktion im Beirat Blumenthal befürworte eine dortige Bebauung. Es gebe jedoch noch einige juristische Fragen zu klären, bevor ein Bebauungsplan überhaupt aufgestellt werden könne. Es seien noch zwei gerichtliche Verfahren anhängig und es müsse geklärt werden, wie es sich mit dem Hochwasserschutz verhalte, da ein Teil in privater Hand sei. Er fragt, welche rechtlichen Konsequenzen die Zustimmung zu diesem Bebauungsplan habe und welche finanziellen Folgen ein Erfolg der Kläger gegen die Stadt Bremen vor Gericht haben könne, insbesondere ob Entschädigungszahlungen daraus resultieren könnten.

Frau Dr. Schaefer führt aus, dass man sich genau diese Fragen auch gestellt habe. Sie empfinde das Thema Hochwasserschutz als sehr wichtiges Thema. Die Fläche gelte als Retentionsfläche und das Wohnen in solchen Gebieten werde höchst kritisch gesehen. Derzeit werde die Fläche gewerblich genutzt. Wenn man diese Fläche bebaue, hätte dies lediglich 0,8 mm mehr Wasser in den übrigen Gebieten zur Folge. Die verlorene Retentionsfläche aufgrund einer Bebauung, sei daher vernachlässigbar. Dennoch blieben die Kosten. Diese belaufen sich auf über 8 Millionen und das sei nicht wenig. Heute gehe es um einen Planaufstellungsbeschluss. Trotzdem seien das die Punkte, die man dann weiterbewegen müsse. Die Fläche selbst sei verpachtet, darüber hinaus gehöre die Wasserkante dem Bund. Auch diese unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse bedürften im weiteren Verfahren einer Klärung. Eine Klage sei bereits angekündigt. Hier müssten die begonnenen Gespräche konstruktiv weitergeführt werden. Generell täte ein Wohngebiet dem Standort gut. Darüber hinaus sei es wichtig, die Fläche für die Anwohnerinnen und Anwohner weiter nutzbar zu machen. Wegen dieser Fragen, habe man das Thema damals ausgesetzt. Der von Herrn Bücking erläuterte Antrag stelle einen möglichen Kompromiss dar.

Frau Kamp erklärt, dass eine Aussage zum Ausgang des Klageverfahrens rein spekulativ sei. Der Kläger habe beklagt, dass die Stadt die Genehmigungen zurückgenommen habe. Wenn er die Klage gewinnen würde, würde der Rücknahmebescheid nichtig. Das bedeute, er habe dann eine Genehmigung für die Errichtung dieser Steinbrechanlage. Würde er die Klage verlieren, gelte der Rücknahmebescheid und die Steinbrechanlage könne nicht errichtet werden. Falls der Kläger das Verfahren gewinne, müsse man sich auf Verhandlungen einlassen und aufeinander zugehen. Ein zweites Klageverfahren sei bisher nicht bekannt.

Herr Donaubauer erklärt, dass es ein Widerspruchsverfahren zu einer Bauvoranfrage gäbe. Dieses habe man aufgrund des Aufstellungsbeschlusses zurückgestellt. Man wolle jedoch versuchen, eine unkritische Zwischennutzung zu ermöglichen. Zum Zeitpunkt der Weiterreichung dieses Erbbaurechtsvertrags habe es einen Flächennutzungsplan gegeben, der die Stadtgemeinde verpflichte, das Planungsziel Wohnen ernst zu nehmen. Insofern tauche in diesem Erbbaurechtsvertrag ein entsprechender Passus auf. Es gehe nicht darum den Betrieb in all seinen Teilen in Frage zu stellen. Sondern es gehe darum, das perspektivische Ziel ‚Wohnen in attraktiver Lage‘ nicht in Konkurrenz zur derzeitigen gewerblichen Nutzung zu sehen. Das sei ein vielschichtiger, im Ressort auch mehrere Bereiche betreffender Prozess.

Herr Bücking legt den folgenden Text als Vorschlag für einen ergänzenden Beschluss vor:

„Ergänzend zum Planaufstellungsbeschluss zum Rönnebecker Ufer hält die Baudeputation fest:

Mit dem Planaufstellungsbeschluss will die Deputation unterstreichen, dass dieses Gebiet gemäß dem Flächennutzungsplan für Wohnen weiterentwickelt werden soll. Bis es soweit ist sind allerdings noch zeitintensive Vorarbeiten erforderlich. Bisher genehmigte gewerbliche Nutzungen genießen Bestandsschutz, werden also durch das neue Planverfahren nicht beeinträchtigt. Darüber hinaus soll eine Verfestigung der gewerblichen Nutzung verhindert werden. Das schließt nicht aus, im Einvernehmen mit einem Vorhabenträger befristete Genehmigungen für neue gewerbliche Nutzungen zu erteilen, wenn damit keine erheblichen Investitionen z.B. in neue Gebäude verbunden sind und dies mit den öffentlich-rechtlichen Belangen (z.B. Hochwasserschutz etc.) vereinbar ist. Für solche befristeten Nutzungsoptionen bis zur Realisierung der Planungsabsichten könnte dann auf das Recht zur Zurückstellung des Antrages (Ziffer 2 des Beschlussvorschlags) verzichtet werden.

Herr Pohlmann lässt über den Antrag abstimmen:

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der CDU und
gegen die Stimme der Fraktion Die LINKE

Damit ist die Ergänzung beschlossen.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft fasst den Beschluss, dass der Geltungsbereich des Bebauungsplanes 1229 auf das im Übersichtsplan (Bearbeitungsstand: 23.07.2018) dargestellte Gebiet in Bremen - Blumenthal zwischen Weser, Bürgermeister-Dehnekamp-Str. Nr. 16 A, Kalfaterstraße und Bürgermeister-Dehnekamp-Str. Nr. 22 verringert und gleichzeitig die Fläche des Geesthangs einbezogen werden soll (Neufassung des Planaufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplan 1229). Die Planung soll im Grundsatz die in der Deputationsvorlage enthaltenen Ziele und Zwecke verfolgen.
2. Zur Sicherung der Planungsziele sind Vorhaben, die die Durchführung der Planung unmöglich machen oder wesentlich erschweren, vorerst zurückzustellen oder vorläufig zu untersagen.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktion der CDU und
gegen die Stimme der Fraktion Die LINKE

TOP 9	Finanzierung der Betriebskosten für Angebotsverbesserungen im Bus- und Straßenbahnverkehr in 2019 -5-	Vorlage 19/545
-------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse erläutert die **Tischvorlage**. Es gehe um drei wesentliche Angebotsverbesserungen im Bus- und Straßenbahnverkehr. Die Vorlage stehe unter dem Vorbehalt des noch ausstehenden Senatsbeschlusses.

Herr Janßen merkt an, dass es noch interner Absprachen und Diskussionen bedürfe, daher werde er sich heute bei dieser Frage enthalten.

Herr Buchholz werde sich wegen der Kurzfristigkeit ebenfalls enthalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt vorbehaltlich der Beschlussfassung im Senat am 11.12.2018 der Planung und Umsetzung der dargestellten Maßnahmen zur Verbesserung der ÖPNV Erschließung zu.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft stimmt vorbehaltlich der Beschlussfassung im Senat am 11.12.2018 der Finanzierung der Betriebskosten zu.
3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr, ihr zeitnah die Finanzierungsvorlage für Investitionen vorzulegen und sie dabei über neue Sachstände frühzeitig zu informieren.
4. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten über die Senatorin für Finanzen die notwendigen haushaltsrechtlichen Beschlüsse beim Haushalts- und Finanzausschuss einzuholen.
5. Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird gebeten, die entsprechende Änderung des ÖDLA mit der BSAG durch den ZVBN zu veranlassen.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktionen FDP und DIE LINKE

TOP 10	Anpassung der „Bremer Leitlinien für die Gestaltung von Fahrradstraßen“ -50-1-	Vorlage 19/537
--------	---	-------------------

Herr Saxe erklärt, dass er die Anpassung befürworte und sich darüber hinaus wünsche, historisch als Fahrradstraßen genutzte Straßen auch wieder als solche zu kennzeichnen. Auf S. 1 stehe, dass bei der Zulassung von Fahrradstraßen der Kfz-Verkehr entsprechend reduziert werden solle. Das sei nicht vereinbar mit einem Durchgangsverkehr von Autos, wie es ihn beispielsweise in der Humboldtstraße oder in der Wachmannstraße noch gebe. In der Vorlage seien viele Standardregelungen enthalten, u.a. Fahrbahnbegrenzungen, Straßenbreiten und Aufstellflächen. Die bestehenden Fahrradstraßen erfüllten viele der formulierten Voraussetzungen nicht. Er fragt, wie man mit den bestehenden Straßen umgehen wolle. Des Weiteren wolle man Fahrradstraßen mit einem Netzcharakter gestalten, als ein Element der gerade entstehenden Premiumrouten. Dazu müsse man auch auf Stadtelebene versuchen Fahrradstraßen miteinander zu kombinieren und sichere Radwege zu finden, die abseits von Hauptverkehrsstraßen geführt würden.

Herr Polzin führt aus, dass es sich um eine Leitlinie handle, die in Bremen einen Standard definieren solle. Dieser solle auch bei vorhandenen Straßen angewendet werden, sobald und soweit dies möglich sei. Die Leitlinie regle auch mögliche Maßnahmen, um den Durchgangsverkehr zu unterbinden. Die Entscheidung darüber sei letztlich eine Frage der politischen Willensbildung, genauso wie die Frage nach dem Netzcharakter von Fahrradstraßen. Der Aufwand müsse im Verhältnis zum dadurch für den Radverkehr entstehenden Mehrwert abgewogen werden. Mit der Leitlinie werde eine Grundlage geschaffen, die es erleichtere, einen Konsens zu finden.

Herr Strohmann findet die Einrichtung von Fahrradstraßen grundsätzlich begrüßenswert. Aber die Auswirkungen der neuen Richtlinie für die bestehenden Fahrradstraßen seien unklar. Daher werde sich seine Fraktion enthalten.

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Vorlage zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) beschließt die in der Anpassung der Bremer Leitlinien für die Gestaltung von Fahrradstraßen erfolgten Änderungen.

Zustimmung

bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP

TOP 11	Integriertes Entwicklungskonzept (IEK) Gröpelingen: „Bewegungsinseln im Grünzug West“ - Finanzierung der Maßnahme aus den Städtebauförderungsprogrammen Soziale Stadt sowie Stadtumbau -72-	Vorlage 19/498
---------------	--	-------------------

Beschluss:

1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Planung der Bewegungsinseln im Grünzug West entsprechend des Integrierten Entwicklungskonzeptes (IEK) Gröpelingen zur Kenntnis.
2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung zu.

Einstimmig

TOP 12	Produktgruppencontrolling (Produktplan 68 –Umwelt, Bau, und Verkehr–) mit Stand September 2018 -12-	Vorlage 19/540 L/S
---------------	--	------------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht über das Produktgruppencontrolling zur Kenntnis.

TOP 13	Zwischen-/Ergebnisse der in 2018 fälligen Erfolgskontrollen -12-	Vorlage 19/536 L/S
---------------	---	------------------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die Erfolgskontrollen und Projektberichte zur Kenntnis und stimmt der Weiterleitung zum Haushalts- und Finanzausschuss zu.

Einstimmig

TOP 14	Aussetzen der Preiserhöhung des Stadttickets im Jahr 2019 - 1, 5-	Vorlage 19/546
---------------	--	-------------------

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion sich enthalten werde. In der Anhörung zum Thema war klar, dass gerade im Bereich Kinder und Jugendliche etwas gemacht werden müsse. Die Preise des Schülertickets mit 47,00 Euro/Monat sowie den Preis des Stadttickets für Kinder und Jugendliche empfinde er sozial ungerecht. Hier müsse etwas passieren.

Herr Saxe hält ein kombiniertes Ticket für Auszubildende, Freiwillige und Schüler für 365,00 Euro/ Jahr für eine gute Idee. Ein solcher Ansatz sei der Richtige. Das Stadtticket sei viel zu teuer, wenn man den Anteil für Mobilität in den entsprechenden SGB- Leistungen zu Grunde lege. Es sei daher richtig die Preise nicht automatisch weiter zu erhöhen.

Herr Janßen stellt fest, dass die Vorlage zeige, dass entsprechende Mittel doch im Haushalt zu realisieren seien. Bisher sei immer gesagt worden, dass solche Ideen nicht bezahlt werden könnten. Dies sei politisch ein richtiges Zeichen.

Herr Senator Dr. Lohse stellt klar, dass es hier nicht um Änderungen im Tarifgefüge als Ganzes gehe, sondern um Einnahmeausfälle bei den Verbundunternehmen, die auch in der Vergangenheit bereits aus dem Haushalt getilgt wurden.

Beschluss:

1. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt die in der Senatsvorlage dargestellte Tarifmaßnahme zur Kenntnis.*
2. *Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) stimmt der dargestellten Finanzierung zu.*

Zustimmung
bei Enthaltung der Fraktionen CDU und FDP

TOP 15	Übertragbarkeit von Stadtteilbudgets -1-	Vorlage 19/547
---------------	--	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S)

1. *nimmt den Bericht über den Stand der Umsetzung des Stadtteilbudgets beim Senator für Umwelt, Bau und Verkehr zur Kenntnis und*
2. *stimmt der Einrichtung und Bewirtschaftung einer Sonderrücklage Stadtteilbudget zur Sicherung der Übertragbarkeit der Mittel zu.*

Einstimmig

TOP 16	Berichte der Verwaltung	
TOP a)	Sachstandsbericht zum Sparkassengelände am Brill - 6- /7- / SWAH	BdV <u>mündlich</u>

Frau Prof. Dr. Reuther berichtet, dass vor zwei Jahren bekannt wurde, dass die Sparkasse den Standort Am Brill aufgeben werde. Der Bebauungsplan für den neuen Standort Technologiepark wurde in der heutigen Sitzung ebenfalls vorgelegt. Im Zusammenhang mit dieser Entscheidung haben der Bremer Senat und die Sparkasse Perspektiven verabredet. Eine Absichtserklärung wurde im Juni 2017 vorgelegt. In dieser wurde verabredet, ein städtebauliches Konzept für die Entwicklung aufzulegen. Die Veränderung der Nutzung erfordere neues Planungsrecht. Zwischen November 2017 und Januar 2018 wurde ein städtebauliches Gutachterverfahren mit drei Architektenteams sowie ein öffentliches Angebot

zur Beteiligung und Information mit zwei Veranstaltungen durchgeführt. Den Zuschlag erhielt das Berliner Büro Robertneun. Das Konzept habe auch deshalb den Zuschlag bekommen, weil es städtebaulich die interessantesten und tragfähigsten Vorschläge bezogen auf die Nutzungsmöglichkeiten und die Einbindung in die Innenstadt vorweise. Es beinhalte vier verschiedene Gebäude. Die Erschließung sei nur über die Hankenstrasse möglich. Ein neuer Nutzungsmix mit Einzelhandel, Dienstleistung und Wohnen als Schwerpunkt solle entstehen. Dieses Konzept sei auch die Grundlage der Gespräche mit dem Investor/Interessenten. Auf die Nachfrage von **Frau Bernhard** erklärt **Frau Prof. Dr. Reuther**, dass es hinsichtlich der Höhe eine Auseinandersetzung gebe. Das Gutachterverfahren verweise allerdings eindeutig auf den Bezug zur Stadtsilhouette. Die absoluten Höhen müssten sich der Innenstadt und der Stadtsilhouette anpassen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP b)	Ideenmeisterschaft zu den Innenstadtprojekten -7- / -6- / SWAH	BdV schriftlich
---------------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP c)	Statusbericht zur Einzelhandelsentwicklung im Bereich Hammersbecker Straße / Georg-Gleistein-Straße -BBN-	BdV schriftlich
---------------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer betont, dass es maßgeblich darum gehe, ob man den Aumunder Bahnhof erhalten könne. Wenn man das ganze Areal betrachte, dann sei die Nahversorgung dort sehr gut geregelt. Insgesamt solle das ganze Gebiet neu entwickelt werden – vom Schlachthof bis zu den Aumunder Wiesen. Insofern sei der Erhalt des Bahnhofsgebäudes wünschenswert. Es wäre schön, ein ähnliches Signal aus der Deputation zu senden, wie es der Beirat bereits getan habe.

Herr Buchholz schließt sich dem an. Mittlerweile liege zum Erhalt des Bahnhofs eine Petition vor und schon deswegen werde erwartet, dass keine Fakten geschaffen werden. Im Übrigen wundere er sich über die Wortwahl („Enteignungsgleichen Eingriff“) im BdV. Es gehe nicht um Enteignung, sondern um den Erhalt historischer Substanz. Aldi habe auf seinem Areal genug Möglichkeiten zur Erweiterung und Anbindung des LKW Verkehrs. Die Verkehrssituation im Kreuzungsbereich vor Ort sei zudem sehr angespannt. Das im Bericht erwähnte neue Nahversorgungszentrum sei vielleicht vom Bauamt Bremen Nord gewollt, es gebe dazu aber bisher keinen Gremienbeschluss. Besser sei es, sich für Standorte einzusetzen, die Wunsch des Beirates seien, wie die Lindenstrasse oder Aumunder Feldstrasse. Für die Lindenstrasse habe es bereits einen Investor gegeben.

Frau Bernhard schließt sich den Vorrednern an. Das Angebot an Einkaufsmöglichkeiten sei wirklich nicht unterentwickelt. Den Bahnhof abzureißen, sei völlig indiskutabel. Gerade unter der Maßgabe, dass Aldi verhandlungsbereit sei und es Alternativen gebe.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP d)	Umrüstung der öffentlichen Straßenbeleuchtung in Bremen auf LED-Technik -ASV-	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Frau Schiemann bittet darum den TOP um eine Sitzung zu vertagen.

vertagt

TOP e)	Ergebnisse Klimaschutz-Teilkonzept Sanierung öffentlicher Gebäude -2-	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Frau Dr. Schaefer begrüßt den Bericht. Dieser zeige, dass in der energetischen Sanierung von Gebäuden ein sehr hohes Einsparungspotenzial an CO₂ liege.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP f)	Verteilung des Erlöses der Bürgerpark-Tombola 2019 -30-	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP g)	Bericht zu Fahrradstraßen -5-	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP h)	Scootermithnahme im ÖPNV -50-	BdV schriftlich
--------	---	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP i)	Beteiligung der fachpolitischen Sprecher der Baudeputation in städtebauliche Qualifizierungsverfahren und hochbauliche Wettbewerbe -7-	BdV schriftlich
--------	--	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 17	Verschiedenes	
--------	----------------------	--

	Sachstand Ampelanlage Rekumer Straße	
--	---	--

Frau Pieper berichtet anlässlich der Frage von **Herrn Schwarz**, dass die Planung zur Ampelanlage in Arbeit sei. Eine Umsetzung sei im I. Quartal 2019 zu erwarten.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft (S) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Berichtswünsche zu einer der nächsten Sitzungen:

Optimierung der Beleuchtung der BSAG- Haltestellen -5-	Schriftlicher Berichtswunsch von Herrn Strohmann	17.01.2018?
--	---	--------------------

Herr Pohlmann schließt die 34. Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Protokoll